RP ONLINE

Debatte um Atommüll-Lagerung

Bei der Endlagersuche kommen nun Bürger zu Wort

5. Februar 2021 um 06:56 Uhr | Lesedauer: 3 Minuten

Im Zwischenlager eines Kernkraftwerks stehen Castor-Behälter mit verbrauchten Kernbrennstäben (Symbolbild). Foto: dpa/Stefan Puchner

Berlin. Seit vielen Jahren ist die Suche nach einem dauerhaften Lager für hochradioaktiven Müll umstritten. Nun können sich Interessierte in einem öffentlichen Beteiligungsverfahren einbringen und ihre Bedenken äußern. Das hat Potenzial für neuen Streit.

Von **Jana Wolf**

In der seit Jahren hoch umstrittenen Suche nach einem Atommüll-Endlager in Deutschland startet an diesem Freitag das erste gesetzlich vorgeschriebene Beteiligungsformat. Bei der „Fachkonferenz Teilgebiete“ soll der erste Zwischenbericht zur Endlagersuche der zuständigen Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) erörtert werden. Die öffentliche Beteiligung wird von vielen Seiten begrüßt. Dennoch dürfte der Prozess die Kontroverse um die dauerhafte Lagerung hochradioaktiver Abfälle erneut entfachen. Bereits die Veröffentlichung der Zwischenergebnisse Ende September 2020 hatte für heftigen Streit gesorgt.

Bundesumweltministerin Svenja Schulze (SPD) sieht in der Beteiligung die Möglichkeit, die Akzeptanz für die Endlagerung zu erhöhen. „Das Verfahren ist gut und bietet die Chance, zu einer von der breiten Bevölkerung akzeptierten und mitgetragenen Entscheidung für einen Endlagerstandort zu kommen“, sagte Schulze unserer Redaktion. Alle „staatstragenden Parteien“, der Bundestag und alle 16 Bundesländer hätten diese Suche „gemeinsam beschlossen“, so Schulze. Grünen-Chef Robert Habeck räumte ein, dass der Weg zum atomaren Endlager nicht einfach sein werde. „Viele Menschen haben Zweifel, Ängste, Bedenken. Größtmögliche Transparenz muss die Antwort auf das Misstrauen sein“, sagte Habeck. Um Vertrauen und Akzeptanz zu schaffen, sieht der Grünen-Chef die Fachkonferenz als „wichtigen Baustein“.

An den Beteiligungsverfahren können sich grundsätzlich alle Interessierten mit Fragen, Hinweisen und Kritik zur Endlagersuche einbringen. Die Ergebnisse sollen innerhalb eines Monats nach dem letzten Beratungstermin Mitte Juni dieses Jahres an die mit der Endlagersuche beauftragte BGE übermittelt werden. Dabei stellt sich die Frage, welchen Beitrag diese Ergebnisse in einem Prozess leisten können, der primär auf wissenschaftlichen Grundlagen beruhen soll. Die BGE teilt mit, sie werde die Konferenzergebnisse inhaltlich prüfen und „dort übernehmen, wo es nach fachlichen Gesichtspunkten notwendig ist“. „Sollte die BGE Hinweise der Fachkonferenz nicht berücksichtigen, wird sie dies begründen“, sagte Stefan Studt, Vorsitzender der BGE-Geschäftsführung. Es ist gesetzlich vorgeschrieben, dass die Ergebnisse in der Standortsuche berücksichtigt werden müssen. Die Grundlage dafür bildet das Standortauswahlgesetz von 2017.

LESEN SIE AUCH

Atompolitik

Schulze mahnt verantwortungsvollen Umgang mit Atommüll an

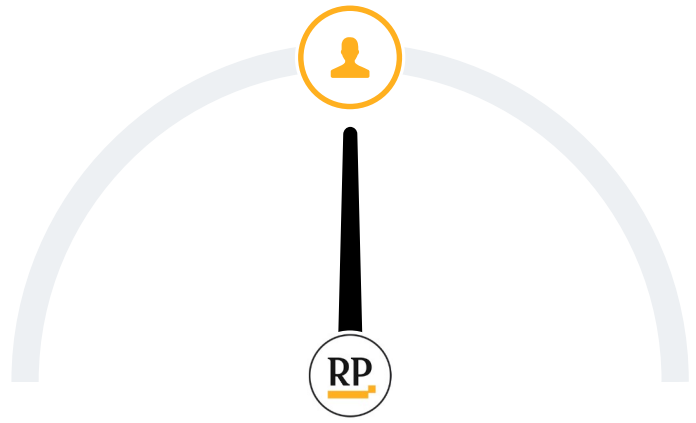
Aus dem Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE), das die Fachkonferenz organisiert, ist zu hören, dass die breite Beteiligung eine Lehre aus früheren Erfahrungen mit Endlagervorhaben sei. „Nur so besteht die Chance, dass die Region, in dem das Endlager am Ende liegen wird, nachvollziehen kann, warum ihr Ort aus Sicherheitsbetrachtungen heraus in die engere Wahl gekommen ist“, teilt BASE-Sprecher Christoph Hamann mit.

Die Bekanntgabe der Zwischenergebnisse zur Endlagersuche im Herbst vergangenen Jahres hatte für reichlich Kritik gesorgt. Die BGE hatte damals 90 Gebiete in Deutschland ausgewiesen, die nach geologischen Kriterien grundsätzlich geeignet seien für ein Atomendlager - ein Großteil des Bundesgebietes. Der lange umkämpfte Salzstock Gorleben in Niedersachsen ist aus der Suche herausgefallen. Großen Streit gab es auch um die Skepsis aus Bayern gegenüber den Zwischenergebnissen. Im Koalitionsvertrag der bayerischen Staatsregierung ist festgehalten, dass Bayern kein geeigneter Standort für ein Endlager sei.

Umweltministerin Schulze zeigte sich nun überzeugt, dass man sich in Deutschland der “gemeinsamen Verantwortung“ gegenüber der heutigen Bevölkerung und kommender Generationen bewusst sei. „Dies gilt insbesondere auch für Landespolitikerinnen und -politiker mit Regierungsverantwortung“, sagte Schulze. „Ich erwarte von allen, zur gemeinsamen Verantwortung zu stehen, und werde weiter alles dafür tun, dass wir gut vorankommen.“

LIVE ABSTIMMUNG • 3.928 MAL ABGESTIMMT

Frage der Woche: Ist die Zeit gekommen, über Lockerungen zu sprechen?



Ja, über Lockerungen sollte nachgedacht werden

Nein, es ist noch zu früh

RP ONLINE

OPINARY.

Grünen-Chef Habeck sagte, er erwarte von allen politischen Akteuren, sich bei der Endlagersuche nicht wegzuducken. „Denn nur so wird es uns gelingen, Vertrauen und Akzeptanz herzustellen und den Atommüll am Ende endgültig unter die Erde zu kriegen.“ Habeck kritisierte dabei explizit die bayerische Positionierung. „Ich halte es für fatal, dass Bayern sich aus dem Rennen zu nehmen versucht“, so Habeck. „Von einem Ministerpräsidenten würde ich erwarten, dass er sich in einen ohnehin komplexen Prozess konstruktiv und die gesamtstaatliche Verantwortlichkeit betrachtend einbringt."

ullenz Freitag, 5. Februar 2021, 09:04 Uhr

Das sorgt nicht für neuen Streit, das sorgt dafür das wir kein Endlager finden und bekommen.

frank.goedereis@... Freitag, 5. Februar 2021, 10:12 Uhr

Ullenz.. genau mein Gedanke.

Donidu78 Freitag, 5. Februar 2021, 10:34 Uhr

[illegible]s Endlager unter dem Berliner Reichstagsgebäude an: Nur so können wir auch [illegible]ein, dass wirklich alles Machbare dafür getan wird, dass das wirklich sicher ist.

Rommerskirchen Freitag, 5. Februar 2021, 10:35 Uhr

Verehrter Herr Habeck, wo waren Sie, die GRÜNEN denn, als der Bau des THTR gestoppt wurde, als diese zukunftsweisende DEUTSCHE Technologie zum Swimming Pool für einen niederländischen Investor wurde. Ich bedauere, dass Sie nie die Chance hatten, mit einem deutschen Professor dieses Thema ausgiebig zu erarbeiten. Sie wüssten sonst, dass das Thema "Endlager" nicht eines Wortes bedurft hätte. Nicht mehr aktuell, Schnee von vorgestern, LEIDER

drjopl Freitag, 5. Februar 2021, 15:11 Uhr

-> Donidu78 :
Ihr Vorschlag klingt richtig gut ! :-)

drjopl Freitag, 5. Februar 2021, 15:22 Uhr

-> Rommerskirchen :

"Das Kernkraftwerk THTR-300 war ein heliumgekühlter Hochtemperaturreaktor des Typs Kugelhaufenreaktor im nordrhein-westfälischen Hamm mit einer elektrischen Leistung von 300 Megawatt. Der THTR wird zu den größten Fehlentwicklungen bei deutschen Projekten der vergangenen 55 Jahre gezählt. Wikipedia"

bernd.vonken@... Sonntag, 7. Februar 2021, 16:13 Uhr

Bayern pickt sich immer nur die Rosinen heraus - siehe z.B. höchste Zuteilung aus dem Verkehrsetat. Der Bayerische Verkehrsminister versucht sein Mandat immer noch bis in den Pensionsanspruch zu verlängern, ohne für Millionenschäden gerade zu stehen und zurück zu treten! Wer soll denn bei solchen bayerischen Voraussetzungen etwas anderes erwarten, als das man sich auch noch aus der Atomverantwortung zieht? Wird Herr Söder auf dieser Basis auch noch Bundeskanzler? Bayern first??? Man darf gespannt sein.